

Wolfgang Bergsdorf

Wir leben in einer Gesellschaft, die sich immer häufiger als Informations- oder Wissensgesellschaft beschreiben lässt. Information ist die Ressource, aus der Mehrwert geschöpft werden soll. Die Informationsgesellschaft ist mehr noch als die Industriegesellschaft eine hoch ausdifferenzierte, an Komplexität gewachsene Gesellschaft, in der der Einzelne aus persönlicher Erfahrung nur äußerst begrenzte Einsichten in Politik, Wirtschaft und Kultur gewinnen kann. Um Übersicht zu gewinnen, bedient man sich der Medien, deren Generalfunktion die Herstellung von Öffentlichkeit ist. Dieses Prinzip Öffentlichkeit soll die Komplexität reduzieren, sie auf ein menschenverträgliches Maß zurückzuschrauben. Journalisten erbringen der Gesellschaft die Dienstleistung „Herstellung von Öffentlichkeit“. Im Begriff „Öffentlichkeit“ steckt das Wort „offen“. „Offen ist etwas, was nicht versperrt, also zugänglich ist. Öffentlichkeit meint deshalb zunächst und zuvörderst das Fehlen von Blockierungen in der gesellschaftlichen Kommunikation, die für alle Personengruppen und Interessen, für alle Erfahrungen und Erkenntnisse, für die Themen und Probleme zugänglich sein muss.“ (Horst Pöttker)

Die Medien haben gegenüber der Gesellschaft eine nicht abgrenzbare, gleichwohl umfassende Informationspflicht und können sich dabei auf das Privileg des Artikels 5 Grundgesetz stützen. Diese Informationsverpflichtung umfasst die Kritik- und Kontrollfunktion der Medien,

die Sach-, Personen- und Stilkritik einschließlich auch des Rechtes, andere Medien zu kritisieren. In den letzten zwei Jahrzehnten haben die deutschen Medien einen sehr dramatischen Veränderungsprozess hinter sich bringen müssen. Der Entmonopolisierung der elektronischen Medien folgten Digitalisierung der gedruckten Presse und Internet-Revolution. Alle Veränderungen bewirkten nicht nur eine Beschleunigung der journalistischen Arbeit und einen Abbau von internen Qualitätskontrollen, sondern auch eine ungeheure Steigerung des Wettbewerbsdrucks und einen wachsenden Druck auf die Politik.

Medien nehmen – so erscheint es aus der Perspektive der Politik – die Politik zur Beute, personalisieren politische Sachthemen, setzen sie unter Visualisierungzwang und unterwerfen alles dem Diktat der Unterhaltung. Dies gilt natürlich vor allem für das heute einflussreichste Medium, für das Fernsehen. Unter den Marktbedingungen moderner Massenkommunikation entsteht so „das große Palaver“ (Friedrich Neidhardt), das eher von Verlautbarungen als durch einen Austausch von Argumenten, eher durch Polemik als durch Diskurs bestimmt ist. Von dem Habermas'schen Ideal der Medien als Forum des Diskurses freier Bürger, allein dem Gebot politischer Vernünftigkeit verpflichtet, scheint sich der allgemeine Medienzustand weit entfernt zu haben. Täglich erlebt man eine lärmende Geräuschentwicklung der Medien, die kleine und große Themen mit der ihnen eignen Flüch-

tigkeit behandeln, in der Regel kontrovers, oft genug schrill, üblicherweise ohne Nachhaltigkeit, auch im Blick auf Skandale, vermeintliche oder tatsächliche.

Die „Vierte Gewalt“

Dies erinnert an die beiläufige Bemerkung des französischen Amerika-Beobachters Alexis de Tocqueville, der vor 130 Jahren notierte: „Ich gestehe, für die Pressefreiheit keineswegs die uneingeschränkte und unwillkürliche Liebe zu empfinden, die man für Dinge hegt, die unbestreitbar gut sind. Ich schätze sie weit mehr in Erwägung der Übel, die sie verhindert als wegen des Guten, das sie leistet.“ Mit Übel meinte er vor allem Konformismus, Konsonanz und Kumulation der Medieninhalte, die die totalitären Systeme des zwanzigsten Jahrhunderts zur Perfektion entwickelt haben. Das ist unser Problem nicht. Die Medien fungieren heute zweifelsfrei nicht mehr als Mägde der Politik. Sie haben sich von staatlicher Bevormundung so gründlich emanzipiert und sind mittlerweile selbst zu einem so bedeutsamen Faktor der Politik geworden, dass von den Medien zunehmend als „Vierte Gewalt“ oder von der „Mediodemokratie“ gesprochen wird.

Medien favorisieren Aktualität. Nachrichten definieren sich durch ihren Neuigkeitswert. Im Konkurrenzkampf der Medien steigert sich die Jagd nach Neuem. Und oft wird bereits Bekanntem ein neues Kleid übergezogen, indem ein weiterer Politiker dazu Stellung nimmt und eine neue Nuancierung findet. So kommt es auf der politischen Agenda zu hektischen Themenkonjunkturen und in der politischen Praxis zu einer drastischen Verschärfung des Tempos – angetrieben von Wahlterminen. Der Planungs- und Beratungshorizont von Politik verkürzt sich dramatisch, Politik droht sich immer stärker in Rhetorik zu erschöpfen, der Wettbewerb von Politikern und Parteien gerät in das semantische Umfeld von

Querelen und Wadenbeißerei. (Friedrich Neidhardt)

Die Organisation des „Gesprächs der Gesellschaft mit sich selbst“ haben in Deutschland siebzig öffentlich-rechtliche und private, in- und ausländische Fernsehprogramme übernommen, 150 öffentlich-rechtliche Hörfunk-Programme, 381 Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von 27 Millionen Exemplaren, 27 Wochenzeitungen mit einer Gesamtauflage von zwei Millionen. Hinzu kommen 828 Publikumszeitschriften mit einer Gesamtauflage von 125 Millionen und 1084 Fachzeitschriften unterschiedlichster Art mit einer Gesamtauflage von 16,7 Millionen. Medien werden unterschiedlich genutzt. Der durchschnittliche Fernsehkonsum ist in den letzten dreißig Jahren von 113 auf 185 Minuten gewachsen, gleichzeitig ist die Dauer der durchschnittlichen Zeitungslektüre von 35 auf 29 Minuten gesunken.

Für den öffentlichen Diskurs über Politik eignen sich die Medien in unterschiedlicher Weise. Fernsehen und Hörfunk sind in erster Linie Unterhaltungsmedien, denen sich der Konsument passiv aussetzt. Dies bedeutet keineswegs ihre politische Irrelevanz, aber ihre prägende Bedeutung für die politische Meinungsbildung ist mit der Programmexplosion infolge der Einführung privater Rundfunkveranstalter seit 1984 abgesenkt worden, ihre politische Thematisierungskraft geschwächt. Demgegenüber erfordert die Auseinandersetzung mit dem gedruckten Wort in Zeitungen, Zeitschriften und Büchern eine aktive Rolle des Rezipienten. Fernsehen ist ein emotionales Medium, das von den Bildern lebt, die Texte haben nachgeordnete Bedeutung und verblassen schnell im Gedächtnis des Rezipienten. Zeitungen hingegen, vor allem Wochenzeitungen als Zweitzeitungen, liefern vertiefende und nachhaltige Informationen und Argumentationen und setzen auf rationale Kommunikation über komplexe Sachver-

halte. Wer sich am politischen Diskurs beteiligen will, kann die Printmedien nicht außer Acht lassen.

Informationswert

Für die politische Monatszeitschrift gilt dies in ganz besonderer Weise. Ihre Gesamtzahl ist begrenzt, das Gleiche gilt für ihre Gesamtauflage, die 100 000 Exemplare nicht überschreitet. Aber für die vertiefte Information, für eine möglichst rationale Auseinandersetzung über Politik sind sie unverzichtbar. Denn sie bieten Texte zum politischen Diskurs an, die deutlich ausführlicher sind als die Kommentare der aktuellen Presse, aber dennoch kürzer als Monografien. Die politischen Monatszeitschriften sind das Medium der hochkarätigen Multiplikatoren. Ihr Publikum ist jener winzige Anteil der Bevölkerung, der sich für Politik interessiert und für Politik engagiert. Quantitativ ist ihr Einfluss nicht zu messen, qualitativ nicht zu überschätzen. Heinrich Scholler rechnet deshalb die politische Zeitschrift zur „elitären Presse“. Deutlicher und intensiver als andere Medien richten sich ihre Argumente jenseits der Tagesaktualität auf Entwicklungen und Zusammenhänge. Es sind die politischen Zeitschriften, die die wichtige publizistische Funktion erfüllen, den Ansturm der Informationsflut dadurch zu bewältigen, indem sie das Belangvolle vom Belanglosen unterscheiden. Das wichtigste Format der politischen Zeitschrift ist deshalb der Essay. Im Vergleich zum kürzeren Zeitungsartikel und zur umfangreichen Monografie bietet der Essay die Chance, einen Gegenstand auf einigen Druckseiten ohne systematische Gliederung argumentativ und assoziativ auszuleuchten. Er leistet dies idealerweise in einem Sprachstil, der vom Jargon ebenso weit entfernt ist wie von der wissenschaftlichen Fachsprache.

Politische Zeitschriften haben in Deutschland eine lange und reiche Tra-

dition. Schon 1665 wurde in Paris das *Journal de Savants* gegründet, das damit den Anspruch erheben kann, erste Zeitschrift der Welt zu sein. Übrigens erreichte dieses Journal ein sehr hohes Alter. Die bisher letzte Ausgabe – nach einer Phase unregelmäßigen Erscheinens – wurde im Mai 2000 veröffentlicht und enthielt ein Editorial von Bernhard Henri Levy gegen die in Frankreich sich ausbreitenden antiamerikanischen Ressentiments. Angeregt durch dieses Pariser Vorbild, entstand in Deutschland in den letzten drei Jahrhunderten eine reichhaltige und sich immer wieder verändernde Zeitschriftenlandschaft, deren Studium noch aufschlussreicher als das der Tagespresse Einblick in die Leitgedanken, zentralen Fragestellungen und geistigen Profile einer Epoche geben kann.

Für die Geschichte der politischen Zeitschriften Deutschlands hatten Wilmont Haacke und Günter Pötter ihr Standardwerk vorgelegt. In ihm werden der Stand der Zeitschriftenforschung aufgearbeitet, die Geschichte der politischen Zeitschriften anhand von zahlreichen Beispielen erörtert sowie führende Kommunikatoren der letzten dreihundert Jahre vorgestellt. Das Werk bietet eine zuverlässige, mittlerweile aktualisierungsbedürftige Grundlage für jede Beschäftigung mit dem Medium „Politische Zeitschrift“, ohne das ein rationaler Diskurs über Politik nicht gedacht werden kann.

Rekordauflagen

Die unmittelbare Nachkriegszeit ist die Gründungsphase und Hoch-Zeit der politischen Monatszeitschrift. Der nationalsozialistische Totalitarismus, der von ihm entfesselte Weltkrieg und die totale Niederlage Deutschlands haben bei den Überlebenden im zerstörten Deutschland einen ungeheuren Neuorientierungsbedarf entstehen lassen, den die lizenzierte Presse nicht zu erfüllen vermochte. Vertiefte Informationen und ausführlichere

Deliberation waren gefragt. Sie wurden von den Monatszeitschriften geleistet.

Wie Pilze auf einem nassen Waldboden schossen Zeitschriftenneugründungen aus der Erde. Die Rekordauflagenhöhen zeigten den Wissensdurst der Bevölkerung. Noch 1945 erscheint die erste Ausgabe der Monatszeitschrift *Wandlung*, dessen Herausgeber Dolf Sternberger war. Als Redakteure waren angegeben: Karl Jaspers, Marie Luise Kaschnitz und Alfred Weber. Sie erreichte eine Auflagenhöhe von bald 35 000, die nach der Währungsreform auf 14 000 zusammen schmolz. Das letzte Heft erschien im April 1949. Noch erfolgreicher war die Halbmonatsschrift *Die Gegenwart*. Sie wurde in Freiburg ebenfalls noch 1945 gegründet. Ihr Herausgeber war Robert Haerdter. Sie erreichte 200 000 Exemplare, im ersten Halbjahr 1946 waren es mehr als 220 000. Damit erreichte die *Gegenwart* damals mehr Leser als heute alle politischen Kulturzeitschriften zusammen. Nach der Währungsreform schrumpfte die Auflage dramatisch. Die Zeitschrift, deren Herausgeber in den fünfziger Jahren Friedrich Sieburg und Dolf Sternberger wurden, konnte sich bis 1958 halten.

1946 gründeten Eugen Kogon und Walter Dirks die *Frankfurter Hefte*. Die beiden Publizisten kamen aus dem aktiven Widerstand gegen Hitler und setzten sich für einen christlichen Sozialismus ein. In den ersten Jahren erreichte die Zeitschrift 100 000 Abonnenten, darunter übrigens auch den späteren Bundeskanzler Helmut Kohl. Im gleichen Jahr erschien in München der *Ruf* als Nachfolgeorgan einer gleichnamigen amerikanischen Kriegsgefangenenzzeitung. Als Herausgeber fungierten die Schriftsteller Alfred Andersch, Hans-Werner Richter, später der geistige Vater der Gruppe 47, und Walter von Cube. Als Untertitel wählte Alfred Andersch *Unabhängige Blätter der jungen Generation*, um sein Programm zu verdeutlichen, das die europäische Jugend auf-

forderte, die Einigung Europas zu verwirklichen. 1949 erschien das letzte Heft.

1946 erschien in Heidelberg die erste Ausgabe der Zeitschrift *Die Neue Ordnung – Zeitschrift für Religion, Kultur, Gesellschaft*. Herausgeber war Laurentius Sie mer OP, Chefredakteur Eberhard Welty OP. Diese Zeitschrift setzte sich zum Ziel, die sozialetischen Ideen des Walberberger Kreises für die neue Ordnung im Nachkriegsdeutschland zu popularisieren. Schon während der NS-Diktatur war das Dominikaner-Kloster Walberberg (zwischen Bonn und Köln gelegen) ein Kristallisierungsort für Dissidenten und Regimegegner für intensive Diskussionen über die Grundsätze der Neuordnung. Unmittelbar nach Kriegsende fanden dort Gespräche und Verhandlungen zur Gründung der rheinischen CDU statt. Die Kölner Leitsätze der CDU von 1946 und deren Ahlener-Programm von 1947 bezogen ihre Impulse aus Kloster Walberberg. In sechs Jahrzehnten hat von allen politischen Zeitschriften der unmittelbaren Nachkriegszeit als einzige die *Neue Ordnung* überlebt und sich als Diskussionsforum für die katholische Soziallehre etabliert. Nach Welty übernahm Edgar Nawroth OP die Redaktionsleitung, ihm folgte Basilius Streithofen OP. Seit elf Jahren leitet Wolfgang Ockenfels OP die Redaktion. Im Februar feierte die Zeitschrift ihren sechzigsten Geburtstag.

1947 gründete Hans Paeschke die Monatszeitschrift *Merkur* in Baden-Baden mit Unterstützung der französischen Besatzungsbehörden. Die Auflage schwankte um die 30 000 Exemplare, abhängig von der jeweiligen Papierzuteilung. Sie war dem europäischen Denken verpflichtet. Nach der Währungsunion sank die Auflage auf 4000 bis 6000 Exemplare und hat sich bis heute in dieser Größenordnung gehalten. Zu ihren Autoren zählten Gottfried Benn, Thomas Mann, Theodor Adorno, Martin Heidegger, André Gilde, T. S. Eliot, Hannah Arendt, Margret Bovary

und Ernst Jünger. Hans Schwab Felisch übernahm in den siebziger Jahren die Herausgeberschaft, gefolgt von Karl-Heinz Bohrer und Kurt Scheel, die heute dafür sorgen, dass der *Merkur* die Balance hält zwischen einem anspruchsvollen politischen und kulturellen Essayismus. Getragen wird die Monatszeitschrift seit Jahrzehnten von der Ernst-H.-Klett-Stiftung *Merkur* in Stuttgart.

In Ostberlin gab Alfred Kantorowicz 1947 die Zeitschrift *Ost und West* heraus; sie trug den Untertitel „Beiträge zu kulturellen und politischen Fragen der Zeit“. Kantorowicz gelang es, prominente Autoren aus Ost und West zu gewinnen wie Wolf Weyrauch, Heinrich Mann, Theodor Dreiser, Virginia Woolf und Boris Pasternak. Er erreichte die stolze Auflage von 100 000 Exemplaren. Nach der Währungsreform schmolz die Auflage auf 7500 Exemplare. Die letzte Ausgabe erschien im Februar 1949.

In Westberlin startete 1948 der *Monat*, zunächst mit amerikanischen Geldern finanziert. Als Herausgeber und Chefredakteur fungierte Melvin J. Lasky, er war Anfang der vierziger Jahre Literaturredakteur von *The New Leader* (New York) und später 1944 bis 1945 US-Kriegsberichterstatter in Deutschland. Zur Redaktion gehörte von Anfang an Hellmut Jaeschrich, Literat und brillanter Übersetzer. 1960 trat an Laskys Stelle der Schweizer Publizist Fritz René Allemann, der später von dem Lyriker Peter Härtling abgelöst wurde. Letzter Herausgeber war Klaus Harpprecht. Aufgrund von Geldmangel wurde die Zeitschrift 1971 eingestellt. Eine Wiederbelebung des Titels als Vier-
teljahresschrift gelang 1978. An die frühere Resonanz vermochte der neue *Monat* nicht anzuknüpfen.

1954 erschien in Bielefeld die *Neue Gesellschaft*. Sie knüpfte mit ihrem Titel ebenso an die von Heinrich und Lily Braun in der Kaiserzeit herausgegebene *Die neue Gesellschaft, sozialdemokratische*

Wochenschrift an wie an die von Rudolf Hilferding in der Weimarer Republik verantwortliche Monatszeitschrift *Die Neue Gesellschaft*. *Die Neue Gesellschaft* verstand sich „als theoretisches Organ der SPD“ und wurde zunächst von Willi Eichler, Erich Potthoff, Fritz Bauer und Otto Stammer herausgegeben. Später traten Otto Brenner, Fritz Erler, Waldemar von Knoerringen und Carlo Schmid dem Herausgeberkreis bei. Seit 1972 geben die SPD-Politiker die Zeitschrift „für die Friedrich-Ebert-Stiftung“ heraus. Chefredakteure waren Leo Bauer, Ulrich Lohmar, Herbert Wehner und Peter Glotz, der Mitte der achtziger Jahre eine Fusion mit den vom Aus bedrohten *Frankfurter Heften* zu Stande brachte. Heute wird die Monatszeitschrift für die Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben von Holger Börner, Klaus Harpprecht, Carola Stern und Hans-Jochen Vogel. Langjähriger Chefredakteur war der Erfurter Universitäts-Gründungsrektor Peter Glotz, sein Nachfolger wurde Thomas Meyer, verantwortlicher Redakteur ist Norbert Seitz.

Politisch Stellung beziehen

Als im Juni 1956 die *Politische Meinung* mit ihrem ersten Heft erschien, fand sich am Schluss der Hinweis, die neue Zeitschrift wolle „alle brennenden Probleme der Zeit ansprechen und sie über die Polemik und schneller Beantwortung des Tages hinaus zu grundsätzlicher Analyse und Stellungnahme heben“. Politisch denken heißt Stellung nehmen, heißt einen Standpunkt haben.

Das Impressum des ersten Heftes zeigte keine Gründer, keine Herausgeber, nur Karl Willy Beer (1909 bis 1979) als verantwortlichen Redakteur an. Karl Willy Beer hatte in Berlin und Wien studiert, erwarb einen philosophischen Doktortitel und gehörte zu Paul Scheffers bemerkenswerter Mannschaft im *Berliner Tageblatt*. Nach dem Krieg war er Kommentator beim NWDR und bei der Hamburger Wochens-

zeitung *Die Zeit* und leitete sechs Jahre lang als Chefredakteur die Berliner Zeitung *Der Tag*.

Hintergründe reflektieren

Durch das hundertste Heft erfuhren die Leser, dass Otto Lenz und Erich Peter Neumann die Gründung der neuen Zeitschrift betrieben hatten und sich der Unterstützung Konrad Adenauers verschern konnten. Otto Lenz (1903 bis 1957) war Jurist und wurde im Zusammenhang mit dem 20. Juli zu Zuchthaus verurteilt. 1945 gehörte er zu den Gründern der CDU in Berlin und wurde 1951 von Konrad Adenauer zum Staatssekretär im Bundeskanzleramt berufen. Seine besonderen Interessen galten den Medien und ihren Möglichkeiten, die parlamentarische Demokratie populär zu machen. 1953 wurde er in den Deutschen Bundestag gewählt. Erich Peter Neumann (1912 bis 1973) war Mitbegründer und Mitinhaber des Institutes für Demoskopie Allensbach, war bis zum Kriegsende Journalist und begründete mit seiner Frau Elisabeth Noelle die Demoskopie in Deutschland. Er überzeugte Konrad Adenauer schon sehr bald nach dessen Amtsantritt von den Erkenntnisgewinnen demoskopischer Umfragen. Er war 1961 bis 1965 Mitglied des Deutschen Bundestages. Der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und Vorsitzende der CDU Deutschlands, Konrad Adenauer, war angesichts des Erfolges der sozialdemokratisch ausgerichteten Zeitschrift *Die Neue Gesellschaft* zu der Überzeugung gelangt, dass auch die CDU eines theoretischen Organs bedurfte, um die geistigen Voraussetzungen und die Hintergründe der eigenen Programmatik zu reflektieren und die aktuellen Fragen der Politik aus der Perspektive des christlichen Menschenbildes auszuleuchten.

Zu den prominenten Autoren des ersten Jahrzehntes der *Politischen Meinung* gehörten Hans Joachim Merkatz, Kurt

Georg Kiesinger, Franz Meyers, Franz Josef Strauß, Henry Kissinger und Konrad Adenauer selbst, der sich nach seinem Rücktritt 1963 dreimal in dieser Zeitschrift zu Wort meldete.

Hatten in der ersten Dekade der *Politischen Meinung* Autoren aus dem eher konservativen Lager der Unionsparteien dominiert, so änderte sich dies vor allem seit den siebziger Jahren gründlich. Nachdem Otto Lenz 1957 gestorben war, wurde mit der hundertsten Ausgabe Erich Peter Neumann als Herausgeber verantwortlich. 1968 übernahm die Konrad-Adenauer-Stiftung vorübergehend die Zeitschrift, bis vom Jahr 1970 an ihr geschäftsführender Vorsitzender Bruno Heck, Bundesminister für Familie und Jugend von 1962 bis 1968, für diese Aufgabe persönlich verantwortlich zeichnete. Nach dessen Tod 1989 folgte ihm sein Nachfolger als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bernhard Vogel, Thüringer Ministerpräsident von 1992 bis 2003, zuvor Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz von 1976 bis 1988.

Von Karl Willy Beer übernahm 1979 Ludolf Herrmann (1936 bis 1986) die Chefredaktion der Zeitschrift. Herrmann studierte in Bonn und arbeitete als freier Journalist. Von 1968 bis 1971 war er als Berater von Bruno Heck tätig. 1972 trat er als politischer Ressortleiter in die Wochenzeitung *Deutsche Zeitung/Christ und Welt* ein. Ab 1973 übernahm er die Chefredaktion und stellte journalistisch die Weichen für die 1979/80 vollzogene Fusion mit dem *Rheinischen Merkur*. 1980 übernahm er in der Nachfolge von Johannes Gross die Chefredaktion des Wirtschaftsmagazins *Capital*. Nach dem Tod von Ludolf Herrmann übernahm Peter Hopen (1922 bis 1998) die Chefredaktion der *Politischen Meinung*. Er hatte den Journalismus von der Pike auf gelernt und kam 1950 als Korrespondent mehrerer Zeitungen in die junge Bundesstadt Bonn. Das neu gegründete *Zweite Deutsche Fernsehen* ge-

wann ihn Anfang der sechziger Jahre als kenntnisreichen und angesehenen Korrespondenten für die politische Berichterstattung aus Bonn. 1984 wurde er Leiter des ZDF-Hauptstadtbüros. Länger als ein Jahrzehnt leitete er den Presseclub in Bonn. Als Chefredakteur der *Politischen Meinung* gelang Peter Hopen das, was seine Vorgänger nur erträumt hatten: Aus der Zweimonatszeitschrift wurde ein monatlich erscheinendes Periodikum. Zudem brachte er es mit finanzieller Hilfe des Auswärtigen Amtes zu Stande, dass einige Jahre lang eine englische Ausgabe der *Politischen Meinung* unter dem Titel *German Comments international* verbreitet werden konnte.

Unter den Chefredakteuren Ludolf Herrmann, Peter Hopen und dem Verfasser verbreiterten sich das Spektrum der Themen ebenso wie die politische Bandbreite der Autoren. Die *Politische Meinung* ist heute offen für alle Themen und Autoren, ohne ihre Verwurzelung eines christlichen Menschenbildes zu verleugnen. Sie hat mittlerweile ihre Spalten auch für Autoren aus konkurrierenden Denkschulen geöffnet und unter der Spitzmarke „kontrovers“ die Diskussion über die Grenzen der Union hinausgetragen. Dabei kann sich die Zeitschrift auf eine kleine, fast ausschließlich ehrenamtlich tätige Redaktion stützen, der Rita Anna Tüpper-Fotiadis, Michael Borchard, Stephan Eisel, Klaus Gotto und Marianne Kneuer angehören, unterstützt durch den Geschäftsführer Walter Bajohr. In dem ersten Jahrzehnt hatten der langjährige Chefredakteur des *Rheinischen Merkur*, Anton Böhm (1905 bis 1998), und später auch der Schriftsteller und frühere Präsident des Goethe-Institutes, Werner Ross (1912 bis 2002), der Redaktion angehört. Werner Ross gestaltete den Kulturteil der *Politischen Meinung* in den Jahren 1978 bis 1992. Ihm ist es zu verdanken, dass die Zeitschrift mit der Öffnung für kulturelle Themen neue Leser hinzugewinnen konnte.

Eng mit der Arbeit der Redaktion verbunden ist der wissenschaftliche Beirat der *Politischen Meinung*. Er besteht aus hochkarätigen Wissenschaftlern und Publizisten und trägt durch Beiträge und Kritik immer wieder zur inhaltlichen Optimierung der Zeitschrift bei. Zurzeit gehören dem Beirat an: Helmut Berschin, Karl Dietrich Bracher, Otto Deperheuer, Klaus Dicke, Manfred Funke, Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz, Ulrich von Hehl, Klaus Hildebrand, Wolfgang Jäger, Helmut Kiesel, Ursula Lehr, Hermann Lübbe, Elke Mack, Ursula Männle, Hans Maier, Odo Marquard, Hans-Joachim Meyer, Paul Mikat, Hugo Müller-Vogg, Elisabeth Noelle-Neumann, Hartmut Schiedermaier, Beate Schneider, Hans-Peter Schwarz, Klaus Stern, Willi Steul, Johannes Thomas, Norbert Walter, Michael Wolffsohn, Michael Zöller. Der Beirat trifft sich einmal im Jahr zu einer ausführlichen Tagung, um selbstkritisch Bilanz zu ziehen, Themenschwerpunkte für die kommenden Ausgaben zu erörtern und Hinweise auf potenzielle Autoren und Einzelthemen zu geben. Es ist diesen Anstrengungen geschuldet, dass die Zeitschrift in den letzten Jahren nicht nur ihre Leserschaft verjüngen können – vor allem Studierende greifen immer häufiger nach Recherchen im Internet auf *Die Politische Meinung* zurück. Auch die Autoren sind jünger und weiblicher geworden, was der Resonanz in der Öffentlichkeit zugute kam. Mit 5700 Exemplaren erreicht *Die Politische Meinung* als einflussreichstes Forum bürgerlicher Politik rund 20 000 Multiplikatoren, die sich am öffentlichen Gespräch über Politik und Kultur in Deutschland beteiligen. Insgesamt beträgt die Auflage politischer Monatszeitschriften in Deutschland zirka 200 000 Exemplare. Sie werden vor allem von Politikern, Journalisten, Pädagogen und Wissenschaftlern gelesen, die als Multiplikatoren das Gespräch der Gesellschaft mit sich selbst mitbestimmen wollen.